informationen
198 | 2026-4

OHNE RÜSTUNG LEBEN

3 Unzwingbar: Kundgebung in Berlin | 6 Interview: Goldrausch in der Rüstungsindustrie | 11 Atomwaffenverbot: Konferenz in New York

Deutschland im Rüstungs-Fieber

Verteidigungsminister Pistorius nimmt den ersten F-35-Atombomber entgegen
Foto: picture alliance

Die Zahlen sind kaum zu fassen: Fast 140 Milliarden Euro will die Bundesregierung im kommenden Jahr für Militär und Rüstung ausgeben! Das sind nochmals 32 Milliarden Euro mehr als 2026. Ein großer Teil davon wird finanziert durch neue Schulden. Damit hat die Aufrüstungspolitik endgültig jedes Maß verloren.

Viele Menschen sorgen sich verständlicherweise vor einer Bedrohung durch Russland. Und es ist klar, dass sich Deutschland an die Veränderungen einer neuen, multipolaren Weltordnung anpassen muss. Doch anstatt Antworten zu bieten, wirft die Politik immer neue Fragen auf: Wie kann es sein, dass das Land mit den vierthöchsten Militärausgaben der Welt angeblich nicht verteidigungsfähig ist? Wie will Berlin die Gefahr militärischer Eskalation reduzieren? Und sollte man angesichts der explodierenden Gewinne der Rüstungsindustrie nicht viel genauer hinschauen? Diese zentralen Themen müssten dringend angegangen werden – doch die Bundesregierung investiert lieber hastig Milliarde um Milliarde in militärische Großprojekte.

Riskantes Wettrüsten in Europa

Das ist nicht nur ineffizient, es droht auch das Wettrüsten in Europa immer weiter anzuheizen. Dabei ist ein militärischer Angriff Russlands auf Deutschland auch laut Militärexpertinnen und -experten äußerst unwahrscheinlich. Zu rechnen ist demnach vielmehr mit weiteren hybriden Nadelstichen, Desinformationskampagnen oder Sabotageakten. Der versuchte Drohnenanschlag auf den Flughafen Leipzig-Halle hat gezeigt, wie schlecht die Bundesrepublik auf diese Herausforderungen vorbereitet

ist. Es braucht bessere IT-Sicherheit und mehr Schutz für Infrastruktur, aber auch Programme für Medienkompetenz und Maßnahmen, um die Institutionen unserer Demokratie zu schützen. Was dabei nicht hilft, sind noch mehr Panzer, Kampfflugzeuge und Marschflugkörper.

Drastische Kürzungen bei Sozialstaat und Zivil

Besonders fatal: Das Geld, das nahezu unbegrenzt für Rüstung und Militär fließt, fehlt an anderer Stelle. Trotz massiver Neuverschuldung will Finanzminister Lars Klingbeil bis 2030 erhebliche Kürzungen im Gesundheitsbereich, bei Bildung und Familie sowie im Verkehrsministerium vornehmen. Wohngeld und Elterngeld werden schon jetzt beschnitten; der Etat des Entwicklungsministeriums bereits zum sechsten Mal in Folge zusammengestrichen. Die Mittel für humanitäre Hilfe sollen 50 Prozent unter dem Wert von 2024 bleiben. »Wichtige Mittel für Krisenbewältigung, Hungerbekämpfung, Klimafinanzierung und zivilgesellschaftliches Engagement sinken, gleichzeitig verliert Deutschland international an Glaubwürdigkeit und Einfluss«, warnt der Verband für Entwicklungspolitik VENRO vor den drastischen Folgen.

Zweifel wachsen auch im Bundestag

Aus Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion ist zu hören, dass inzwischen auch dort die Zweifel an der ungehemmten Aufrüstung wachsen. Dieses Momentum gilt es jetzt zu nutzen – mit Aktionen, Anrufen bei Ihren Abgeordneten und guten Argumenten. Angesichts der gravierenden sozialen und friedenspolitischen Folgen der Aufrüstung ist ein breiter gesellschaftlicher Protest nötig – am besten noch bevor der Bundestag Ende November den Haushalt für 2027 beschließt.

Eine Regierung, die auf komplexe Konflikte nur mit blinder und teurer Aufrüstung reagiert, schafft keine Sicherheit. Zumal, wenn sie gleichzeitig die internationale Zusammenarbeit aufgibt. Um Frieden nachhaltig zu fördern, braucht es eine umfassende Friedens- und Sicherheitspolitik, die sich vom Völkerrecht und den Menschenrechten leiten lässt. Diplomatie und Zivile Konfliktbearbeitung sollten im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Sie verdienen eine angemessene Perspektive und Finanzierung – und sie müssen genutzt werden. Dafür setzen wir uns bei Ohne Rüstung Leben weiter mit Nachdruck ein.

Simon Bödecker

Eindrücke von UNZWINGBAR in Berlin
Fotos: Andrzej Koston, Simon Bödecker (unten links)

Große Bühne gegen Aufrüstung und Wehrpflicht

Eindrucksvolle Konzertkundgebung am 2. Oktober 2026 in Berlin

Das hat es in dieser Form noch nicht gegeben: Bei UNZWINGBAR haben wir breiten Protest gegen Aufrüstung, Sozialkürzungen und Wehrpflicht mit einem mitreißenden Konzert im Herzen von Berlin verbunden. Der Platz vor dem Brandenburger Tor füllte sich im Laufe des Abends immer weiter, bis schließlich über 20.000 größtenteils junge Menschen friedlich tanzten und protestierten.

Auch auf der Bühne kamen viele junge Menschen zu Wort. Die Politik der Bundesregierung sei ein »Schlag ins Gesicht einer ganzen Generation!« Sie wollten nicht zum Töten ausgebildet werden, sondern eine lebenswerte Zukunft. Die Reden wurden mit begeistertem Applaus und Sprechchören angefeuert. Viele Protestierende trugen Schilder, die eine Stärkung von Bildung, Gesundheit und Sozialstaat forderten.

Zwischendurch wurde es auch bewegend: Etwa als Soul Tsalik aus Israel erzählte, dass er aufgrund seiner Kriegsdienstverweigerung ins Gefängnis musste. Oder beim Auftritt des russischen Musikers *I'm DMA,* der in Deutschland lebt, um nicht in der Ukraine kämpfen zu müssen. Martha, die Rednerin der Greenpeace Jugend, verurteilte die Völkerrechtsverbrechen Russlands in der Ukraine scharf. Putin habe seine Bereitschaft gezeigt, »das Leben hunderttausender Menschen aus Russland und der Ukraine zu opfern«. Dass in Deutschland jedoch nur über blinde Aufrüstung debattiert werde, sei »unsachlich, hysterisch und absurd«.

Die hochkarätigen Musikerinnen und Musiker – bis hin zur Hip-Hop-Gruppe *K.I.Z* – spielten ohne Honorar für unsere Ziele. »Wir haben genug von der Vorstellung, Solidarität bestehe darin, für einen Staat zu marschieren, der Milliarden in Waffen steckt, während Wohnungen fehlen, Schulen verfallen und soziale Sicherheit zur Kürzungssache erklärt wird«, betonte der Hamburger Rapper *Disarstar.* Symbolträchtig auch der Auftritt der Rostocker Punk-Band *Dritte Wahl.* Sie hatte schon zu DDR-Zeiten ein Lied gegen die Nationale Volksarmee geschrieben.

Ohne Rüstung Leben gehört zum Veranstalterkreis der Kundgebung und hat vor Ort mit koordiniert. Wir freuen uns, dass wir ein so wichtiges und medial stark beachtetes Zeichen gegen Aufrüstung, Wehrpflicht und Sozialabbau setzen konnten. UNZWINGBAR hat gezeigt: Friedenspolitisches Engagement kann jung, attraktiv und ermutigend sein!

Simon Bödecker

Viel mehr Eindrücke, Bilder und Videos finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Zehntausende tanzten und protestierten vor der Bühne
Foto: Andrzej Koston

Alles andere als defensiv

Scharfe Kritik an neuer Waffenfabrik in Leipzig

Proteste am 19. September 2026 in Leipzig
Foto: picture alliance

Auf Verteidigung ausgerichtet und rein defensiv – so beschreibt die Bundesregierung gerne ihre Sicherheitspolitik. Doch jetzt will sie unter dem Deckmantel der »Abschreckung« in den kommenden Jahren hochriskante Angriffswaffen für bis zu 12 Milliarden Euro beschaffen.

Wie die US-Zeitung *Politico* berichtet, plant das Verteidigungsministerium für 2027 den Kauf von Tomahawk-Marschflugkörpern und der zugehörigen Typhon-Abschussrampen im Wert von 3,4 Milliarden Euro. Tomahawk Block Vb fliegen bis zu 2.000 km weit und können sehr niedrig bleiben – also sprichwörtlich unter dem Radar! Sie sind besonders geeignet für Überraschungsangriffe auf strategische Ziele. Ohne Rüstung Leben warnt seit geraumer Zeit, dass diese Mittelstreckenwaffen die Gefahr einer Eskalation und eines Wettrüstens deutlich erhöhen. Zum gleichen Schluss kommt der Rüstungsexperte Max Mutschler in seiner neuen Studie *Gut gerüstet?*.

Für Abnutzungskriege gedacht

Doch damit nicht genug: Ebenfalls ab dem kommenden Jahr will die US-Firma Covenant in Leipzig den Marschflugkörper Anthem produzieren. Bis zu 5.000 Waffen sollen jährlich vom Band laufen. Es ist damit zu rechnen, dass die Bundeswehr zu den ersten Kunden gehören wird. Covenant wird unter anderem durch den Founders Fund des demokratiefeindlichen Milliardärs Peter Thiel finanziert. Mit Stückkosten in mittlerer sechsstelliger Höhe soll Anthem deutlich preiswerter sein als vergleichbare Mittelstreckenwaffen. Die »geringen« Kosten und die geplante große Produktionsmenge machen deutlich, dass Anthem für den großangelegten Einsatz in einem Abnutzungskrieg gedacht ist. In Leipzig gab es bereits erste Demonstrationen gegen die Waffenfabrik.

Dialog statt Angriffswaffen!

Als Gründungsorganisation der Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!« kritisiert Ohne Rüstung Leben diese Pläne scharf. Statt Milliarden für hochriskante Angriffswaffen fordern wir neue Initiativen für Rüstungskontrolle. Angesichts der laufenden Aufrüstung sind Gespräche über die Bedrohungswahrnehmung und ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Ost und West dringend nötig. So ließe sich die Gefahr von Missverständnissen und Präventivschlägen reduzieren. Wer Europa sicherer machen will, muss neue Dialogräume aufbauen – nicht neue Abschussrampen!

Simon Bödecker

Aktuelle Informationen zum Thema: www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mittelstreckenwaffen.

Im August 2026 testete Covenant den Marschflugkörper Anthem in Marokko
Foto: U.S. Army / Jordan Beagle

Aus dem Ruder gelaufen

Warum die Aufrüstungspolitik in die völlig falsche Richtung führt. Vier Beispiele

Was schafft Sicherheit?

Waldbrände bedrohen auch hierzulande zunehmend Menschen und Natur. **Dennoch gibt es in Deutschland nur ein einziges Löschflugzeug. Zwei weitere wurden 2025 abgeschafft, weil der Bund die Mittel dafür gestrichen hatte!** Während Länder wie Frankreich oder Italien ganze Flotten an Löschflugzeugen vorhalten, müssen in Deutschland im Ernstfall Hubschrauber aus anderen Bereichen abgezogen und mit Wasserbehältern ausgerüstet werden. Auf den Kosten dafür bleiben oft die betroffenen Kommunen und Kreise sitzen. Für neue Kampfflugzeuge hingegen hat der Bund offensichtlich Geld übrig.

Was, wenn die AfD an die Macht kommt?

In unseren Nachbarländern blicken viele mit Sorge auf die deutsche Aufrüstung. Gerade in Polen und Frankreich führt der Plan, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen, durchaus zu Unbehagen. Ulrich Siegmund, der AfD-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, hat die Sorgen nun auf erschreckende Weise bestätigt. **Er sprach offen davon, Waffen für Deportationen nutzen zu wollen: »Wir verteufeln nicht pauschal Produktion von Rüstungsgütern, weil wir bei (der) späteren Remigrations- und Abschiebeoffensive natürlich auch entsprechende Hilfsmittel brauchen.«**

Wie passen Knebelverträge zu mehr Unabhängigkeit?

Im September 2026 nahm Verteidigungsminister Boris Pistorius in Fort Worth, Texas den ersten F-35 entgegen. **10 Milliarden Euro zahlt die Bundeswehr für 35 der Atombomber – offenbar zu katastrophalen Bedingungen.** Wie das ZDF berichtet, wurde eine Gewährleistung pauschal ausgeschlossen. Zudem behält sich die US-Regierung vor, Lieferung und Wartung jederzeit zu stoppen. Ohne Softwareupdates ist der F-35 allerdings nur noch wenige Wochen einsatzbereit. Die Bundesregierung spricht viel von europäischer Unabhängigkeit – liefert sich dann aber dem US-Präsidenten vollständig aus. Foto: Madeline Herzog

Warum laufen Milliardenprojekte regelmäßig aus dem Ruder?

Bei der Entwicklung der Fregatte F126 für die Marine drohten sich die Gesamtkosten von 10 auf fast 19 Milliarden Euro zu erhöhen. Im Juni 2026 zog Verteidigungsminister Pistorius daher die Reißleine. Das verunglückte Projekt hatte die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler da bereits 2,3 Milliarden Euro gekostet. Das entspricht fast dreimal den Kosten der Hamburger Elbphilharmonie – ohne dass auch nur ein einziges Schiff gebaut wurde! Nun stellte sich heraus, dass die Werft zusätzlich 4,7 Milliarden Euro Schadensersatz von Deutschland fordert.

Redaktion: Simon Bödecker

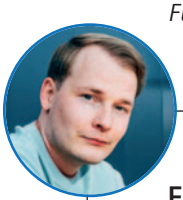
»Die Rüstungsindustrie war immer schon verhaltensauffällig«

Interview mit dem Investigativjournalisten Christian Schweppe

Gibt die Richtung vor: Rheinmetall-Vorstand Papperger (Mitte) mit Finanzminister Klingbeil und Verteidigungsminister Pistorius
Foto: picture alliance

Selbst Stimmen, die mehr militärische Verteidigung für notwendig halten, bewerten die aktuelle Aufrüstungspolitik sehr kritisch. Dazu gehört der Investigativjournalist Christian Schweppe. Wir hatten die Möglichkeit, bereits vor dem Erscheinen seines neuen Buches mit ihm zu sprechen – über eine verschwiegene Branche, ihr Zusammenspiel mit der Politik und die Frage, wem die Rüstungs-Milliarden wirklich nutzen.

Sie haben seit 2022 zahlreiche Gespräche mit Insidern aus Politik und Rüstungsindustrie geführt und exklusive Einblicke bekommen. Was ist Ihr Eindruck: Führen die Rüstungs-Milliarden zu mehr Sicherheit?



Es irritiert schon, wenn auf Rüstungsmessen Häppchen mit Blattgold verteilt werden

Christian Schweppe, Journalist

Seit der Rede zur »Zeitenwende« von Olaf Scholz und der Amtsübernahme von Friedrich Merz (»Whatever it takes«) wird in Rüstung so viel investiert wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Mehr Sicherheit ist objektiv notwendig. Die Gefahr, die von Putin ausgeht, ist real. Entscheidend ist, wie wir Geld für Verteidigung investieren. Da beginnen die Probleme. Denn so, wie es bislang läuft, wird das Geld zu plan- und strategielos ausgegeben. Es wird nicht immer beschafft, was uns schnell sicherer macht, sondern immer wieder werden Rüstungsfirmen mit Millionen bedacht, bei denen mehr als unklar ist, wann sie überhaupt liefern können. Und wie zuverlässig die sind. Immer wieder setzen Abgeordnete Aufträge für Firmen durch, die in ihren Wahlkreisen liegen. Immer wieder werden Rahmenverträge mit der Rheinmetall AG noch weiter aufgebläht. Das Verteidigungsministerium hat inzwischen Probleme bei gleich mehreren zentralen Rüstungsprojekten und die große Gefahr ist, dass all diese Waffenschulden aufgenommen werden, ohne dass unser Land tatsächlich so sicher wird, wie es sein könnte.

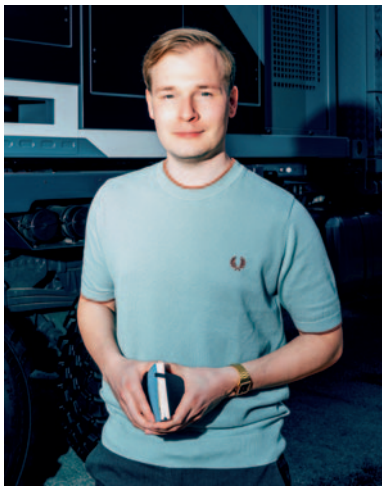
Haushaltsexpertinnen und -experten des Bundestages und der Bundesrechnungshof warnten bereits mehrmals, dass die Rüstungsindustrie gute Geschäfte mit den wachsenden deutschen Verteidigungsausgaben macht. Unter anderem durch deutlich überhöhte Preise. Haben sie recht?

Dass die Rüstungsindustrie Geschäfte macht, ist nicht per se kritikwürdig. Ein Problem ist es aber, wenn die angespannte Sicherheitslage nun von Rüstungsmanagern missbraucht wird, um sehr schnell sehr viel Geld zu verdienen – ohne unser Land auch kurzfristig tatsächlich verteidigungsfähiger zu machen. Seit 2022 sind wiederholt Mondpreise von Rüstungskonzernen und Vermittlern aufgefallen. Die Rüstungslobby stellt es gerne so dar, als könne man wegen bestimmter Regularien gar kein Geld mit Rüstung verdienen. Das stimmt nicht. In Wahrheit finden Firmen wie Rheinmetall sehr wohl Wege, um diskret ordentlich hinzulangen. Das bestätigen sogar Insider aus dem Beschaffungsamt selbst. Der Bundesrechnungshof kritisiert zu Recht, dass eine Rüstungsinflation um sich greift. Selbst Generäle der Bundeswehr sprechen etwa von »Düsseldorfer Preisen«, wenn es um Rheinmetall geht. Teuer sind für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler übrigens nicht nur einzelne Preise, sondern auch die Mehrkosten, die selbst einfache Rüstungsprojekte immer wieder ungeplant nach sich ziehen.

Sie waren in den letzten Jahren weltweit auf Rüstungsmessen unterwegs. Wie ist die Stimmung und was konnten Sie über die einst so verschlossene Branche lernen?

Es ist keine Übertreibung von rauschhaften Zuständen zu sprechen; man kann sie überall beobachten. Und selbst der Verteidigungsminister spricht ja von »Goldgräberstimmung«. Meine Aufnahmen von all den Messen zeigen: Während in der Ukraine oder im Baltikum über Sicherheit gesprochen wird, feiern deutsche Rüstungsfirmen seit nun knapp fünf Jahren fröhlich durch und scheinen manchmal vergessen zu haben, warum genau sie das Geld bekommen – und was ihre Aufgabe ist. Es geht nicht darum, einen Aktienkurs hochzutreiben oder den eigenen Jahresbonus, sondern um unser aller Sicherheit. Es irritiert daher schon, wenn auf Rüstungsmessen Häppchen mit Blattgold verteilt werden. Sowas wird der Verantwortung nicht gerecht.

Sie berichten regelmäßig über Geldverschwendung, Parteispenden von Rüstungskonzernen und die Verstrickungen zwischen Politik und Rüstungsindustrie. Auch Ihr Buch Goldrausch *wird sich mit solchen Themen detailliert befassen. Was hat Sie bei der Recherche besonders überrascht?*



Portraitfotos: Nikita Teryoshin

Die Rüstungsindustrie war, was das betrifft, immer schon verhaltensauffällig. Compliance (Maßnahmen zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten und gesetzlichen Normen, Anm. d. Red.) wurde noch nie verstanden. Selbst dubiose Spenden an Mitglieder des Haushaltsausschusses während laufender Vergaben hatten bislang keine Folgen. Auch, weil der Bundestag sich weigert, das aufzuklären. Überraschend ist auch, wie wenig das Verteidigungsministerium dagegen vorgeht, wenn Rüstungsfirmen bei Erprobungen Leistungen vorgetäuscht haben oder schlecht lieferten. Stattdessen steckt das Ministerium Energie in Vertuschung und selbst Staatssekretäre diskreditieren kritische Journalisten. Was Compliance und Transparenz angeht, hat die Rüstungsindustrie ihre Zeitenwende noch vor sich.

Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte **Charlotte Kehne**

Der Journalist Christian Schweppe (u. a. *DER SPIEGEL, DIE ZEIT*) hat hunderte vertrauliche Dokumente ausgewertet, die eigentlich zur Verschlusssache erklärt wurden. Seine Langzeitreportage hinter den Kulissen der deutschen Aufrüstung zeigt: Kaum eine Branche ist so sehr mit unserer Politik verwoben wie die Rüstungsindustrie.

Goldrausch. Das Geschäft mit der deutschen Aufrüstung erscheint am 28. Januar 2027 im Verlag C.H. Beck.

Gute Gründe für weiteren Protest

Rüstungsmesse DSEI Germany 2027 veröffentlicht erste Aussteller

Protest gegen die Rüstungsmesse DSEI in London
Foto: Campaign Against Arms Trade (CC BY-SA 2.0)

Vom 9. bis 12. März 2027 sollen Rüstungskonzerne aus aller Welt nach Deutschland kommen. Dann findet in Hannover die Rüstungsmesse DSEI Germany 2027 statt. Schon seit Beginn dieses Jahres kritisiert Ohne Rüstung Leben die Pläne. Nun zeigt sich, wie gerechtfertigt unsere Kritik ist.

Die DSEI, eine der größten internationalen Rüstungsmessen, findet alle zwei Jahre in London statt. Für den neu gegründeten deutschen Ableger ist das ausgegebene Ziel kein geringeres als »eine der bedeutendsten Veranstaltungen im globalen Messekalender der Verteidigungsindustrie zu werden«.
Mit der Aktion »Rüstungsmesse DSEI verhindern!« stellen sich Ohne Rüstung Leben und unsere Kooperationspartner diesen Plänen entgegen. Wir haben unter anderem die Erfahrungen aus London bekannt gemacht: Dort bietet die Muttermesse DSEI eine Bühne für geächtete Waffen, korrupte Konzerne und Geschäfte mit Diktaturen. Ein Blick auf die mittlerweile veröffentlichte Ausstellerliste für Hannover zeigt, dass wir mit unseren Warnungen leider richtig lagen.

Befürchtungen bestätigt

Unter den Ausstellern sind wie erwartet Firmen, deren Waffen immer wieder in Krisenregionen oder von Diktaturen eingesetzt werden. So gehören Aussteller wie Airbus oder Rheinmetall zu den deutschen Unternehmen, die laut ExitArms-Datenbank am häufigsten Waffen an Staaten lieferten, die an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt sind. Mit Israel Aerospace Industries wird ein Konzern ausstellen, der ballistische Atomraketen herstellt. Auch Firmen, die mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert sind, werden in Hannover offenbar gerne begrüßt. Das indische Unternehmen Nityanand Udyog springt auf der Ausstellerliste besonders ins Auge: Ihm werden Aktivitäten mit Bezug zu Landminen vorgeworfen.

Solche bedenklichen Waffenhersteller sollen in Hannover auf rund 25.000 Besucherinnen und Besucher aus 60 Ländern treffen. Es ist damit zu rechnen, dass darunter auch Delegationen aus Ländern sein werden, die Menschenrechte oder das Völkerrecht verletzen. Schließlich sind Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate regelmäßig Empfänger deutscher Rüstungsexporte.

Proteste vor Ort tatkräftig unterstützen

Ohne Rüstung Leben fordert von der gastgebenden Deutschen Messe AG und ihren Gesellschaftern – dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover – sicherzustellen, dass die DSEI Germany kein Marktplatz für Rüstungsexporte in Krisenregionen wird. Auch Konzernen, die in Korruptionsskandale bzw. in Geschäfte mit geächteten oder kontroversen Waffen verwickelt sind, darf keine Bühne geboten werden.

Umso wichtiger, dass sich der Protest vor Ort formiert. Aktive aus Hannover und der Region haben sich mittlerweile zusammengeschlossen und planen vielfältige Aktivitäten vor und während der Rüstungsmesse. Ohne Rüstung Leben wird dabei weiterhin tatkräftig unterstützen.

Charlotte Kehne

Weitere Informationen zu unseren Argumenten und aktuellen Entwicklungen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Wiedergutmachung für Mexiko

Eingezogene Millionen müssen Betroffenen zugutekommen

Tausende G 36-Gewehre von Heckler & Koch wurden in den 2000er-Jahren illegal nach Mexiko exportiert. Die Aufarbeitung dieses Falles beschäftigt Ohne Rüstung Leben seit vielen Jahren. Wir haben die Gerichtsverhandlungen gegen Heckler & Koch intensiv begleitet und auch danach immer wieder von der Politik Konsequenzen gefordert. Jetzt können wir einen weiteren Erfolg vermelden: Der Kleinwaffenhersteller hat endlich die vom Landgericht Stuttgart verhängte Zahlung in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro geleistet. Doch was soll mit dem Geld passieren?

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die eingezogenen Verkaufserlöse den Betroffenen in Mexiko zugutekommen!

Françoise Greve, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Jahrestag des Verbrechens von Ayotzinapa

In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 verschwanden in der mexikanischen Stadt Iguala im Bundesstaat Guerrero 43 Studenten des Lehrerseminars von Ayotzinapa gewaltsam. Zum 12. Jahrestag erinnerte Ohne Rüstung Leben mit weiteren Organisationen aus Deutschland und Mexiko in einem Offenen Brief daran, dass bei dem Verbrechen nachweislich auch illegal exportierte G 36-Sturmgewehre zum Einsatz kamen. Für die illegalen Lieferungen wurden Heckler & Koch-Mitarbeitende verurteilt; gegen den Waffenhersteller ordnete das Gericht die Einziehung der Verkaufserlöse an. Diese sind jetzt an die Landeskasse Baden-Württemberg gezahlt worden.

Land soll sich für Wiedergutmachung einsetzen

Wir sind überzeugt, dass die Umsätze aus den verhängnisvollen Mexiko-Exporten nicht einfach im Haushalt versickern dürfen. Daher fordern wir Ministerpräsident Cem Özdemir in unserem Offenen Brief auf, zu prüfen, wie das Geld zugunsten der Familien der Opfer und der betroffenen Gemeinden in Mexiko verwendet werden kann. Diese Betroffenen der illegalen Exporte wurden während des Gerichtsverfahrens zu keinem Zeitpunkt berücksichtigt. Ein Umstand, den wir mehrfach scharf kritisiert haben.

Betroffene leiden bis heute unter den Folgen

Die Überlebenden und viele Angehörige leiden bis heute unter den schweren Folgen des Verbrechens. Ein Beispiel ist der Student Aldo Gutiérrez Solano, der in der Tatnacht einen Schuss in den Kopf erlitt. Er befindet sich seither im Wachkoma und bedarf kontinuierlicher, spezialisierter Pflege. 2018 hatte sich sein Bruder Leonel auf den weiten Weg nach Stuttgart gemacht, um auf Aldos Schicksal aufmerksam zu machen. Baden-Württemberg muss jetzt anerkennen, dass der Export von Kleinwaffen unerträglich konkrete Folgen hat – und ein wichtiges Zeichen der Verantwortung für die Menschenrechte setzen.

Charlotte Kehne

Mehr Informationen und den Offenen Brief finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ruestungsexporte.

Leonel Gutiérrez Solano spricht bei einer Veranstaltung in Stuttgart
Foto: Jens Volle

Starkes Signal für Friedensbildung

Petition »Frieden in den Lehrplan« zeigt Wirkung

Für die Petition »Frieden in den Lehrplan« hat Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen in den letzten Wochen mehr als 10.000 Unterschriften gesammelt. Damit konnte das Aktionsziel erreicht werden – dank Ihrer Unterstützung! Rund 20 Prozent der Unterschriften hat Ohne Rüstung Leben beigetragen.

Angesichts der kurzen Laufzeit der Aktion ist dies ein starkes Signal dafür, dass Friedensbildung als verbindliches, fächerübergreifendes Lernfeld in allen Schularten verankert werden soll.

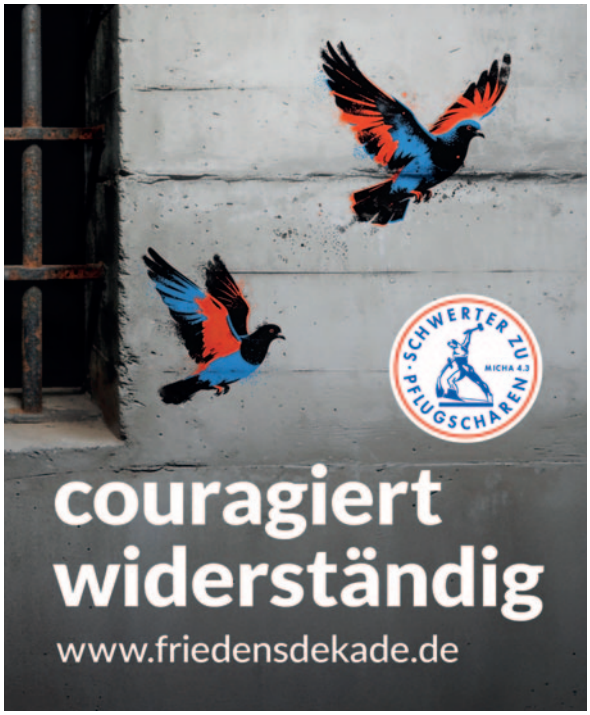
Und die Forderungen werden gehört: Anna Stolz, die Präsidentin der Bildungsministerkonferenz, hat sich mit einem ausführlichen Schreiben bei unserem Bündnis gemeldet. Sie kündigt an, unsere Forderungen in die zuständigen Gremien einzubringen. Und auch von weiteren Kultusministerinnen und -ministern haben uns Antworten erreicht. Wir werden darauf drängen, dass den Worten jetzt Taten folgen.

Simon Bödecker

Mehr Informationen: www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Couragiert Widerständig

Ökumenische FriedensDekade 2026



Vom 8. bis 18. November 2026 wird die Ökumenische FriedensDekade bundesweit in Kirchengemeinden und Friedensinitiativen begangen. Mit Veranstaltungen, Materialien und Impulsen trägt sie zur friedenspolitischen Willensbildung in Kirchen, Gemeinden und Gesellschaft bei. Dieses Jahr lautet das übergreifende Motto »Couragiert Widerständig«.

»Je mehr Menschen couragiert handeln, desto sicherer wird es für alle«, erklärt Jan Gildemeister, der Vorsitzende des Ökumenischen FriedensDekade e. V. Gleichzeitig fordere das Motto zum Widerstand auf: »Gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen gilt es ebenso widerständig zu sein, wie gegen die ungebremste Aufrüstung«.

Grafik: Olaf Warburg / Ökumenische FriedensDekade

Zur FriedensDekade werden wieder zahlreiche Informationen und Materialien angeboten – unter anderem eine Ausstellung zum Thema »Frauen des Friedens – Pionierinnen mutiger Widerständigkeit«.

www.friedensdekade.de

Deutschland darf nicht fehlen!

Erste Überprüfungskonferenz zum UN-Atomwaffenverbot

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ist der einzige völkerrechtliche Vertrag, der den Besitz und Einsatz von nuklearen Massenvernichtungswaffen umfassend verbietet. Und er ist auch ein leuchtendes Beispiel dafür, dass Regierungen aus aller Welt selbst in schwierigen Zeiten konstruktiv und zielführend zusammenarbeiten können.

In den fast sechs Jahren seit seinem Inkrafttreten erzielte der AVV bereits große Wirkung (wir berichteten zuletzt in den *Informationen 195)*. Mittlerweile haben 101 Staaten den Vertrag unterzeichnet oder sind ihm beigetreten – die Mehrheit der Länder dieser Welt! Sie alle werden bei der ersten AVV-Überprüfungskonferenz vom 30. November bis 4. Dezember 2026 in New York über die Umsetzung des Vertrages beraten. Außerdem wollen sie in einer gemeinsamen Erklärung erneut die schrecklichen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen betonen. Auf der Tagesordnung steht zudem die Unterstützung der Betroffenen von Atomtests.

Zivilgesellschaft und Betroffene sprechen mit

Es zeichnet den AVV aus, dass die weltweite Zivilgesellschaft kein Zaungast ist. Auch in New York wird sie sich in Debatten, bei Veranstaltungen und in zahlreichen Gesprächen auf Augenhöhe mit den Regierungen einbringen. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) – zu der auch Ohne Rüstung Leben gehört – koordiniert die Teilnahme der zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter. Besonders wichtig: Menschen aus Atomtestgebieten werden gehört, können über ihre Situation berichten und sich untereinander stärken.

Deutschland muss beobachtend teilnehmen

Die deutsche Bundesregierung lehnt den AVV unverständlicherweise weiter ab. Dennoch nahm sie 2022 und 2023 zumindest beobachtend an Treffen der Vertragsstaaten teil. Beim letzten Termin 2025 blieb der deutsche Stuhl jedoch leer. Solch eine diplomatische Ohrfeige gegenüber der Zivilgesellschaft und der Mehrheit aller Staaten darf sich Deutschland nicht noch einmal leisten!

Machen Sie mit!

Wir fordern Außenminister Dr. Johann Wadephul daher auf, beobachtend an der Überprüfungskonferenz teilzunehmen und sich aktiv für die Ziele des Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen.

Senden auch Sie jetzt unsere neue Aktionspostkarte an den Außenminister. Helfen Sie uns, den öffentlichen Druck zu erhöhen, damit Deutschland das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen nicht länger boykottiert.

Kostenlose Aktionspostkarten erhalten Sie bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Simon Bödecker

natureOffice
natureOffice.com/DE-662-YNCDUXT
Rohstoffe
Anlieferung
Produktion
CO2e-Emissionen ausgeglichen

informationen
198 | 2026-4

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 2. Oktober haben wir den Platz vor dem Brandenburger Tor in ein Friedens-Festival verwandelt. Zehntausende, ganz überwiegend junge Menschen waren da (Seite 3). Mir bleibt eindrücklich in Erinnerung, wie die Berliner Band *Guterzogene Asis* und der im Exil lebende russische Sänger *I'm DMA* ihren Auftritt einleiteten: »Wir wollen lieber gemeinsam Musik machen, als aufeinander zu schießen«.

Die maßlose Aufrüstung in Deutschland ist Schwerpunkt dieser Ausgabe (Seite 1). Wir blicken kritisch auf die Politik der Bundesregierung und ihre gravierenden Folgen. Besonders freut mich, dass der renommierte Investigativjournalist Christian Schweppe schon weit vor Erscheinen seines neuen Buches mit uns gesprochen hat und spannende Einblicke in eine berauschte Rüstungsindustrie mit Ihnen teilt (Seite 6).

Gerade in diesen Zeiten braucht es überzeugenden Protest und verlässlich recherchierte friedenspolitische Kritik. Dafür stehen wir von Ohne Rüstung Leben. Meine herzliche Bitte an Sie: Tragen Sie jetzt dazu bei – mit Ihrer Spende zum Jahresende!

Ich danke Ihnen sehr und wünsche einen friedlichen Herbst.

Ihr Simon Bödecker

Foto: Erlend Haugen

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
7. Oktober 2026

natureOffice Rohstoffe Anlieferung Produktion

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post

Inhalt

1 | Titel
Deutschland im Rüstungs-Fieber

3 | Aktion
Konzertkundgebung UNZWINGBAR – Große Bühne gegen Aufrüstung und Wehrpflicht

4 | Aktion
Scharfe Kritik an neuer Waffenfabrik in Leipzig

5 | Aktuell
Warum die Aufrüstungspolitik in die völlig falsche Richtung führt. Vier Beispiele

6 | Hintergrund
»Die Rüstungsindustrie war immer schon verhaltensauffällig« – Interview mit dem Investigativjournalisten Christian Schweppe

8 | Aktion
Rüstungsmesse DSEI veröffentlicht Aussteller

9 | Aktuell
Wiedergutmachung für Mexiko

10 | Aktion
Petition »Frieden in den Lehrplan« zeigt Wirkung

10 | Aktion
Ökumenische FriedensDekade 2026

11 | Aktion
Atomwaffenverbot: Deutschland darf nicht fehlen!

Spenden
Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden